

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 20031.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-geplattete gewöhnliche Schriftseile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseritionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Baumbach über die politische Lage.

Berlin, 17. Mär. (Privattelegramm.) Der Vizepräsident des Reichstages Abg. Dr. Baumbach sprach gestern vor seinen Wählern im fünften Berliner Wahlkreise über die innere politische Lage. Baumbach hält die Auflösung des Reichstages für bevorstehend. Graf Caprivi bestrehe auf der Vorlage, die durchaus keine Mehrheit finden könne. Die Wahlagitation sei aufregend aber bei der vorhandenen Stagnation sei es nicht unerwünscht, wenn die Wählerchaft aufgerüttelt werde. Wegen der zweijährigen Dienstzeit wollten die Freisinnigen ein großes Opfer bringen, aber das Opfer, welches dem Volke zugemutet werde, sei unannehmbar, abgesehen davon, daß die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt werden müsse. Redner berührte den Ansturm der Agrarier gegen den russischen Handelsvertrag und beleuchtete sodann die Börsen-, Bier- und Branntweinsteuererhöhung. Unter Anerkennung der vornehmen Natur und des Gerechtigkeitsfusses Capris erwog Redner schließlich die Folgen einer Auflösung. Im fünften Berliner Wahlkreise werde man wohl den Kampf mit den Sozialisten erfolgreich aufnehmen. Die Sache liege so: Entweder Rücktritt Capris, was zu beklagen wäre, oder Auflösung des Reichstags mit den Nachtheilen und Gefahren, die der Conflict für die Monarchie herausbeschwere. Redner würde dem Reichskanzler vorschlagen: vorläufiges Zurückziehen der Vorlage, Ausarbeitung einer neuen Vorlage mit zweijähriger Dienstzeit und der gegenwärtigen Präsenziffer. Dafür würde Caprivi die Unterstützung der Freisinnigen und den Dank des Vaterlandes erhalten. Wie es aber auch kommen möge, er sei bereit, den Gang mit der Sozialdemokratie aufzunehmen und Schulter an Schulter mit den freisinnigen Wählern des fünften Wahlkreises zu kämpfen unter der Devise: Mascholl, aber entschieden (Lebhafter, langanhaltender Beifall, Hochrufe). Die Versammlung sprach darauf ihre Übereinstimmung mit der Haltung der freisinnigen Fraction in der Militärvorlage aus.

Politische Uebersicht.

Danzig, 17. Mär.

Die zweite Lesung der Militärvorlage in der Commission.

Unseren bisherigen telegraphischen Meldungen über die gestrige Sitzung der Militärccommission des Reichstags lassen wir noch nachstehenden ausführlichen Bericht folgen:

Beim Beginn der Sitzung der Militärccommission lagen drei Abänderungsanträge der Abg. Richter, Dr. Lieber und Gen. und v. Bennigsen vor. Der Antrag Richter ändert vom 1. Oktober 1893 ab den Art. 59 der Verfassung dahin, daß die Dienstzeit bei den Fußtruppen im stehenden Heere zwei Jahre dauert. Ferner soll die Friedenspräsenzstärke vom 1. Oktober 1893 bis 1. März 1895 unverändert 486 983 Mann (incl. Unteroffizieren und Beamten) bleiben. Der Antrag Dr. Lieber und Gen. läßt ebenfalls die bisherige Präsenziffer, aber als Jahresdurchschnittsstärke bestehen, überläßt aber die Feststellung der Unteroffiziere etc. dem Militäretat und stellt demnach als Präsenziffer in das Gesetz nur 420 031 Mann ein für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 30. Septbr. 1898 (also auf 5 Jahre). Als Compensation für die Herabsetzung der Dienstzeit bei den Fußtruppen will Dr. Lieber die Dienstpflicht der Cavallerie in der Landwehr I. Aufgebot von 4 auf 3 Jahre herabsetzen. Für die jünftjährige Periode soll ferner die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen durch eine

besondere gesetzliche Bestimmung gesichert werden, wobei jedoch dem Kaiser das Recht vorbehalten bleibt, in Fällen nothwendiger Verstärkung der Armee die nach Ablauf der zweijährigen Dienstzeit zur Reserve entlassenen Mannschaften noch im aktiven Dienst zurückzuholen. Der Antrag Bennigsen endlich will anstatt der in der Regierungsvorlage geforderten Präsenzstärke von 492 088 Mann nur 462 000 bewilligen. Ferner bewilligt er die 173 vierten Bataillone, die Vermehrung der Feldartillerie um 60 Batterien und die 7 Bataillone Eisenbahentruppen, lehnt aber die Neuformierung von 12 Cavalier-Escadrons, 6 Füchsleibataillonen und 4 Pionierbataillonen ab. Die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen bleibt so lange in Kraft, als die Präsenzstärke nicht herabgesetzt wird und so lange werden auch nur die 173 Bataillonsstämme formirt. Für das erste Jahr ist die Militärverwaltung befugt, einen Theil der Mannschaften über zwei Jahre hinaus bei der Fahne zurückzubehalten.

Abg. v. Buol (Centr.) erklärt, auf die Vorlage erst eingehen zu können, wenn die Deckungsfrage erörtert und die Bedeckung der entstehenden Mehrausgaben festgestellt sei. Er hält von den von der Regierung vorgeschlagenen Wegen als unbedingt gangbar nur die Erhöhung der Börsensteuer; gegen die Erhöhung der Brau- und der Branntweinsteuer macht er erhebliche Bedenken geltend; eine höhere Besteuerung des Tabaks müsse absolut ausgeschlossen bleiben.

Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.) geht im Einklang mit den Anschauungen der Mehrheit der Commission auf die Bedeckungsfrage nicht ein; wenn das Bedürfnis einer Heeresverstärkung, wie er das im Prinzip thue, von der Mehrheit anerkannt werde, könne die Belebung der Deckungsmittel freilich noch immer schwere Sorgen bereiten, die Aufgabe sei aber unter allen Umständen zu lösen; die Nation sei wohlhabend genug, auch diese Lasten zu tragen; er glaubt, daß eine Rekrutenquote von 450 000 Mann mehr zu erbringen sei; darüber hinaus werde erst die Zeit zeigen, ob der Zuwachs an brauchbaren Mannschaften genügend sei. Dieses Angebot entspreche einer Verminderung der Regierungsforderung um 30 000 Mann. Die Vermeidung der Rekrutenzahl erscheine ihm als absolut nothwendig für die militärischen und politischen Zwecke der Vorlage und diese Zahl wolle er mit seinen Freunden bewilligen, obwohl dabei die Sorge bestehen bleibe, daß in den nächsten Jahren gewisse Schwierigkeiten in der Ausbildung der Truppen hervortreten müßten, wegen Mangels an Ausbildungspersonal. Er betont ausdrücklich, daß seine Partei diesen Antrag in der bestimmten Absicht stelle, mit der Regierung eine Verständigung zu erzielen. Er bitte diese, sich mit ihren Forderungen auf das absolut Nothwendige zu beschränken.

Abg. Dr. Lieber (Centr.) erläutert kurz den Antrag des Centrums, von dem er sagt, daß er nicht nur von den Mitgliedern der Commission eingebracht sei, sondern daß mit demselben auch seine Fraction einverstanden sei.

Der Reichskanzler Graf Caprivi erklärt, daß das von Dr. Lieber Angebotene nach keiner Richtung hin geeignet sei zur Erreichung des Zwecks der Vorlage, das Heer und die nationale Wehrkraft so zu verstärken, daß man mit einer Zuerst auf Sieg in einem kommenden Krieg eintreten könne. Die Regierung müsse daher den Vorschlag Liebers als absolut unannehmbar zurückweisen. Dagegen finde er in dem Antrag Bennigsen, daß derselbe sich wenigstens mit dem Grundgedanken und dem Endzweck der Vorlage auf einem und denselben Boden stelle wie die Regierung. Die von Bennigsen angebotene Zahl der Rekruten genüge aber in militärischer Hinsicht nicht. Das, was die Regierung als absolut unentbehrlich bezeichnen müsse, sei das, was sie in ihren Spezialnachweisen in Gruppe I. als Ausgleichsmaßnahmen zur Einführung einer verkürzten Dienstzeit im einzelnen nachgewiesen habe. (In Gruppe I. werden gesondert 1225 Offiziere, 191 Aerzte, 165 Zahlmeister, 174 Büchelmacher, 8356 Unteroffiziere und 53 295 Geheime mit einem Geldbedürfnis für fortbauernde Ausgaben von zunächst 37 799 083 Mk.) Der Reichskanzler glaubt nicht an die Ungangbarkeit der Wege, welche von der Regierung zur Kostendeckung vorgeschlagen seien; er verkenne nicht, daß eine wirtschaftliche Depression in den letzten Jahren vorhanden gewesen sei, doch seien sichere Kennzeichen dafür da, daß diese Depression nunmehr weiche und daß Handel und Industrie sich in erwünschter Weise wieder heben würden, wenn erst Ruhe über die Militärvorlage gebracht sei.

Major Wachs (Ariegsministerium) gibt an, daß über die Zahl der bisher als bedingt tauglich betrachteten, welche als vollständig einstellungsfähig von der Heeresverwaltung angesehen werden, noch 17–18 000 Mann

überschüssig seien, von deren Einstellung die Heeresverwaltung von vornherein Abstand genommen habe. Genso werde sich in der Zukunft die Zahl der unbedingt tauglichen in höherer Maße vermehren, wie die Regierung in ihren Zahlennachweisen angenommen habe, da jetzt schon ganz klar erkennbar geworden sei aus dem Erfolgsgeschäft für 1892, daß aus dem Überschuß von 92 000 Mann, welche 1892 mehr als 1891 zur Vorstellung gelangt sind, ein sehr großer Prozentsatz absolut tauglicher Mannschaften sich ergeben habe. Eine Sorge wegen ungenügender Ausbildungspersonals in den nächsten Jahren habe die Heeresverwaltung in weit geringerem Maße als Herr v. Bennigsen; die möglicherweise in den beiden ersten Jahren entstehenden Schwierigkeiten würden durch Verdoppelung des Eislers der Offiziere beglichen werden.

Graf Aleist (cons.): Nur Abg. Bebel habe die Hauptsache, die Nothwendigkeit der Heeresverstärkung, bestritten. Diese Nothwendigkeit sei aber militärpolitisch überzeugend nachgewiesen. Wir können nicht abwarten, bis finanzielle Überflüsse für die Militärforderungen vorhanden sind. Die Anträge Dr. Lieber und v. Bennigsen würde er in gleicher Weise ablehnen.

Abg. v. Richter beantragt hierauf an Stelle des § 1 der Regierungsvorlage den bereits in erster Lesung gestellten Antrag zu sehen: „Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften wird für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1895 auf 486 983 Mann festgesetzt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.“

Hierauf wurde die Sitzung auf Freitag Vormittag vertagt.

Unter Berliner Correspondent schreibt uns hierzu:

„Die Vorgänge in der Commission für die Militärvorlage standen auch während der Plenarsitzung im Vordergrunde des allgemeinen Interesses. Herr v. Bennigsen, dessen Andeutungen bei der ersten Berathung im Plenum dahin deutet wurden, daß er bereit sei, eine Erhöhung der Rekrutenziffer um 40 000 Mann zu zugesetzen, hat noch ein Uebriges gethan und 45 000 neue Rekruten angeboten, überdies die Formirung der 4. Bataillone und die Vermehrung der Feldartillerie und der Eisenbahentruppen. Die Antwort des Reichskanzlers aber lautete: Wille gut, Leistung ungenügend. An den Compensationen für die zweijährige Dienstzeit, erklärte Graf Caprivi, ist gar nichts zu streichen; hier heißt es: annehmen oder ablehnen. Nach den der Commission vorgelegten Spezialnachweisen heißt das: die Billigung von 53 295 neuen Rekruten und von vorläufig 37,8 Mill. Mk. leugnig als Bedeckung der zweijährigen Dienstzeit ist unerlässlich. Ob daneben noch eine Formirung von Stämmen bei den technischen Truppen stattfinden soll oder kann, ist Gegenstand weiterer Erörterung. Nimmt man dazu die Lieber'sche Erklärung im Namen seiner Fraction, so ist es schwer, auch nur noch an die entfernte Möglichkeit einer Verständigung über die Vorlage zu denken. Freunden klarer Situationen wird allerdings mit der heutigen Wendung der Dinge gebient sein und die Conservativen geben sofort zu erkennen, daß sie zufrieden seien. Graf Aleist beeile sich zu erklären, daß die Conservativen nunmehr auch gegen den Antrag Bennigsen stimmen würden. Nachdem es so weit war, konnte auch der Abg. Richter nicht umhin, am Schlus der Sitzung als seinem Antrag den Antrag Richter auf Abänderung des Art. 59 der Verfassung und seinen Antrag aus der ersten Lesung auf Beibehaltung der bishergen Präsenziffer als Maximalziffer, nicht als Jahressdurchschnittsziffer, wieder einzubringen und damit zu erklären, daß die Freisinnigen auch nicht für den Centrumsantrag stimmen würden. Bemerkenswerth waren ferner zunächst die Erklärungen des Majors Wachs über das Ergebnis des Heeresfahrgeschäfts von 1892. Danach zweifelt die Militärverwaltung nicht, daß außer den 60 000 neuen Rekruten, welche die Vorlage fordert, noch 18 000 Mann Diensttaugliche vorhanden sind. Im Jahre 1892 hat sich nämlich die Zahl der vorgestellten Mannschaften um 92 000 gegen 1891 erhöht, d. h. die Zahl der im Jahre 1872 nach Beendigung des französischen

Arieges Geborenen ist um so viel gestiegen. Damit sind alle Befürchtungen, als ob es an der erforderlichen Zahl von Diensttauglichen fehlen könnte, beseitigt. Der zweite wichtige Punkt ist der folgende: Es war behauptet worden, die Erhöhung der Friedenspräsenziffer, welche die Vorlage verlange, betrage nicht 84 000 Mann, sondern tatsächlich 104 000 Mann, da die Einschätzung der Durchschnittsziffer an Stelle der bisherigen Normalziffer tatsächlich eine Erhöhung um 20 000 Mann bedeute. Mit dieser Behauptung ist ebenfalls ausgeräumt worden. Aber, wie die Dinge liegen, kommt das kaum mehr in Betracht. Wenn auch die Commission ihre Verhandlungen noch eine Weile fortsetzt: tatsächlich ist das Scheitern der Verhandlungen jetzt schon entschieden. Die Pessimisten haben zunächst Recht behalten und sie triumphirten heute auf der ganzen Linie.“

Die Situation ist also, um das Wesentlichste nochmals zusammenzufassen, folgende: Die Conservativen werden nicht für den Antrag Bennigsen, sondern nur und ausschließlich für die Regierungsvorlage stimmen. Für den Antrag Bennigsen stimmen nur die Nationalliberalen, für den Antrag Richter nur das Centrum, für den Antrag Richter nur Freisinnige und Volkspartei, und die Socialdemokraten werden gegen alles stimmen. Dann wird die Commissionsverhandlungen zu Ende. Im Plenum wird dann der zweite Berathung die Regierungsvorlage zu Grunde gelegt werden und wenn nicht inzwischen etwa Graf Caprivi oder das Centrum sich eines Besseren befinnen, wird auch die Plenarverhandlung ohne Ergebnis sein. U. s. w.

Aus dem Reichstage.

Im Plenum machte, wie schon gemeldet, gestern anlässlich des Handelsvertrages mit Columbien der conservative Abg. v. Stauden einen Versuch, den russischen Handelsvertrag noch einmal auf das Kapit zu bringen und beklagte sich dann über unfreundliche Behandlung, als Staatssekretär v. Marschall ihm unwirsch und kurz angebunden entgegnete, er wünsche nicht über die europäischen Handelsverträge zu discutieren. Fr. v. Marschall, der sonst den Mund auf dem rechten Fleck hat, entgegnete kleinlaut, er habe Unfreundliches nicht einmal gedacht. Nun, Cedanen sind zollfrei und Herr v. Marschall hat gar nicht so Unrecht, wenn er auch einmal an seine Position nach den Neuwahlen denkt. Die erste Berathung der Novelle zum Unterstüzungswohlfahrtsgesetz nahm unerwartete Dimensionen an und kam noch nicht zu Ende. Die Herren von den Rechten sind mit der Abschlagszählung, die ihnen angeboten wird, nicht zufrieden; d. h. sie nehmen die Abschlagszählung mit Aufstand an, verlangen aber immer noch mehr, vor allem eine Einschränkung der Freiheit durch Zulassung von Einzugsgeldern und Ersatz für die Lasten der sozialen Gesetzgebung, die angeblich das platte Land schwerer treffen, als die Städte. So behauptete wenigstens der conservative Abg. Hahn. Auch der socialdemokratische Abg. Stolle hält das Gesetz für ungenügend und verlangt Centralisation der Armenpflege, wovon, wie der Abg. Camp (vortragender Rath im Handelsministerium) behauptete, schon im Staatsrat (legist der denn noch?) die Rede gewesen sei. Herr Camp entwickelte ein langes Register von Verbesserungsvorschlägen zu Gunsten der Landgemeinden, wobei er mit dem Freiheitsgesetz schlimm umsprang. Er verlangt auch, daß bei Arbeiterentlassungen nicht die Heimatgemeinde, sondern die Aufenthaltsgemeinde eintreten müsse, ohne Rücksicht auf den Unterstüzungswohlfahrt. Im übrigen überboten sich Herr Camp und Herr von Schalscha in Schilderungen des beneidenswerten Loses der ländlichen Arbeiter im Osten. Herr v. Schalscha verglich die Sachengänger mit den Leuten, die in Argentinien oder Griechen speculierten. Das Gesetz werde die Lasten des Landes noch steigern. Einen ver-

zu lehren vermag, neuerer, darüber hinausgehender Ergebnisse der Lehre zu geschweigen. Das äußere Zeichen von einfachem Individualismus ist die fortwährend schwankende, alzuviel über die Tasten gebeugte Körperhaltung des Herrn Helbing; dabei verliert der Spieler die Kunst, sich selbst zu hören, und die Folge ist ein zu starker Wechsel in den Tempi, ein zu geringer in den Nuancen, — auch der Mangel an Verständlichkeit in freien Florituren bei Liszt hängt damit zusammen. Liszt wollte gerade der gleichen (metrisch) verständlich organisiert haben. Am wenigsten vermochte ich mit dem Vortrage der Sonate op. 109 E-dur von Beethoven zu sympathisieren, hier fehlt der ideale schwärmere Jug, der für Beethoven nicht zu entbehren ist, es fehlt auch vielfach vorgeschriftenes piano. Es rächtet sich hier am Schlus die Unnatur des Vortrages auch durch Textfehler, die zu erheblich waren, als daß sie verschwiegen werden dürften, während sonst das Gedächtnis des Spielers sich selbst Aufgaben gegenüber wie die große selten gehörte und schwierige F-moll-Ballade von Chopin, sich als zuverlässig erwies. Herr Helbing spielte außerdem noch Bourrée A-moll von Bach, das Impromptu op. 90 Nr. 1, das eigentlich ein großer Sonatensatz ist — in diesen beiden Stücken kamen seine Vorteile am besten zur Geltung — das H-moll-Scherzo von Chopin und die Gondoliera aus „Venezia e Napoli“ von Liszt; wie man sieht, hatte er sich nicht geschont, und leistete außerdem die Begleitungen. Fr. Ella Behnke zeigte sich in der Arie von Händel „Ch' io mai vi possa etc.“ als im Besitz trefflicher Schulung, eines im piano nicht minder als im forte freien und leichten

Ansetzes. Ihre Stimme ist namentlich in der Höhe klangvoll, in der Mittellage erklang sie etwas kehlig gedrückt. Das Urtheil über ihren Gesang kann und soll bei erster Bekanntschaft nur ein vorläufiges sein; tatsächlich aber war ihre Aussprache der Consonanten gestern joghaft, und die Vocale betreffend, namentlich die der Umlaute und der Doppellaute unkenntlich, was vielleicht auf Befangenheit zurückzuführen ist. Ihre Aussprachung der Lieder, die sie sang, hätte sie und da mehr Wechsel in den Mitteln heranziehen können, war aber doch wohlüberlegt und meist lebendig, es waren „Lachen und Weinen“ von Schubert, „Der schwere Abend“ (Cenau) von Hen, dem Lehrer der Gängerin, das muntere „Des Liebsten Schwur“ von Brahms, „Wanderers Nachlied“ (Goethe) von Liszt (ein wunderlich erfahrener, parfümierter, schlechterdings undeutsch und antigoethesches Salonproduct!) und das frische „Im Mai“ von Rob. Franz. — Herr Busse spielte mit großer Virtuosität, mit eben so viel Tiefe der Empfindung wie Glanz der Technik, so weit sein Instrument dieses ermöglichte, das schwierige und anständige musikalische Concertstück in E-moll von Servais, dem belgischen Altmaster des Cello, und die interessante Paraphrase der Synagog-Melodie Kol Nidrei in Bruchs Bearbeitung, zu der freilich das hebräische Original nur soeben die Anregung gegeben hat; Herr Busse hat bei seinem Meister Paul Alengel etwas Lüchtiges gelernt, und Mutter Natur hat ihn auch nicht fleimütterlich bedacht. So war der zweifündige Concertabend mannigfach ein Bild redlichen und auch den Erfolg nicht verschleudernder Strebens. Dr. C. Fuchs.

Concert.

Donnerstag, 16. Mär., im Apolloaal Concert Ella Behnke (Mezzosoprano), Willy Helbing (Klavier), Mag. Busse (Cello).

Es ist an sich schon ehrenwerth, wenn Künstler, die am Orte den Anspruch erheben, zu den auf einer höheren Stufe stehenden Lehrkräften in ihrem Fach gerechnet zu werden, von Zeit zu Zeit sich durch öffentliche Leistungen der Kritik stellen, die als sachlich manche Rücksicht nicht nehmen kann, die im persönlichen Verkehr erwünscht ist: die Kritik ist also immer in gewissen Sinne eine Gefahr, und der Künstler am Ort, der den Mut hat, ihr entgegen zu gehen, verdient an sich schon, sofern seine Leistung nur überhaupt sich als tüchtig und achtungswert erweist, ein höheres Vertrauen, als wer Jahr aus Jahr ein so zu sagen am warmen Ofen, von keinem Zugwind der öffentlichen Meinung berührte, sein Metier als Lehrer derselben Kunst mit nicht geringeren Ansprüchen treibt, als jene Künstler sie erheben, die vor der Öffentlichkeit den Beweis erbringen, daß sie in dem Fach, das sie lehren, auch selber gehörig etwas können. Es betrifft dies besonders den Klavierunterricht: für den Gesangunterricht und die Specialität des Cellospiels achtet das Publikum noch so ziemlich darauf, ob der Lehrer selber eine praktische Leistung aufweisen könne; in keinem Gegenstande aber ist es in diesem Punkte sorglos, als in der Wahl des Klavierlehrers, während es auf den höheren Stufen des Klavierunterrichtes doch so sicher ist, ist wie das Amen in der Kirche, daß niemand wissen kann, wie einem

ständigeren Ton schlug erst wieder der hessische nationalliberale Abg. Osann an, der von einem Zugsgeld nichts wissen will und die Frage der Centralisation des Armenwesens ausstieß. Er stimmte mit dem badischen Centrumsabgeordneten Marbe darin überein, daß das 18. Lebensjahr als Zeitpunkt der wirtschaftlichen Selbständigkeit zu niedrig sei und schlug das 19. Lebensjahr vor, während Abg. Hahn auf das 16. Jahr herabgehen wollte.

Wenn das so weiter geht, kommt das Gesetz in dieser Session nicht zu Stande.

Die Annahme des preußischen Wahlgesetzes-Caricatur.

Die Wahlgesetzesnovelle ist also, wie bereits telegraphisch gemeldet, gestern im Abgeordnetenhaus mit der bekannten conservativ-clericalen Mehrheit trotz der Proteste der Nationalliberalen und Freiconservativen in dritter Berathung, also endgültig vorbehaltlich der nach 21 Tagen vorzunehmenden zweiten Abstimmung angenommen. Ministerpräsident Graf Eulenburg trat bestimmt als bisher für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage und namentlich für die Befestigung der Maximalgrenze von 2000 Mk. Einkommensteuer und von 3 Mk. singulärer Einkommensteuer ein, worin man wohl einen Wink für das Herrenhaus sehen kann, auf welches auch der Abg. Richter seine Hoffnung zu setzen erklärte. Der Antrag Parisis, über den freisinnigen Antrag auf Einführung der geheimen Abstimmung namentlich abzustimmen, fand nicht die erforderliche Unterstüzung. Außerdem freisinnige stimmten für den Antrag die Polen und ein Theil des Centrums. Wenn die Mitglieder des Centrums, welche für den Antrag stimmten, den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstüzt hätten, so hätte diese Unterstüzung ausgereicht. Die Herren wollten also, indem sie die namentliche Abstimmung ablehnten, vermeiden, daß sie mit der Abstimmung für die geheime Stimmabgabe festgenagelt werden könnten. Den Wählern kann man sich dann als Freund oder als Gegner der geheimen Stimmabgabe präsentieren, wie es gerade paßt.

Zum Bekennnissstreit.

Das Consistorium zu Breslau hat zum Verhandlungsgegenstand der diesjährigen Pastoralconvente der Provinz Schlesien die Bekennnissfrage bestimmt. So dankenswerth es ist, wenn die Kirchenbehörden selbst Sorge dafür tragen, daß eine die Gemüther so tief bewegende Frage, wie diejenige nach dem Maß der Gültigkeit der Bekennnisschriften, nicht wieder im Sande verläuft, so müssen wir doch bemerkt dazu die „Prot. Ver.-Corr.“, unser Bedenken äußern, ob ein solcher Gegenstand, welcher die Parteidienstchaft herausfordert, ein geeignetes Proponendum für ein eimüthiges, förderndes Zusammensetzen der Pastoralconvente ist. Dieser Vorgang erinnert lebhaft an die Praxis einer preußischen Prüfungsbehörde, welche wiederholt aktuelle theologische Streitfragen als Thematik für die Prüfungsarbeiten der Candidaten ausgewählt hat. In beiden Fällen handelt es sich selbstverständlich weniger darum, schwedende kirchliche oder theologische Fragen ihrer Lösung näher zu führen, als eine neue Instanz von moralischem Gewicht zu schaffen gegen eine kirchenpolitisch mißliebige Richtung. Sowohl die Bekennnissfrage ein wissenschaftliches Problem ist, kann sie nur durch wissenschaftliche Arbeit gefördert werden, soweit sie eine kirchenpolitische Angelegenheit ist, wird sie durch die kirchlichen Organe entschieden werden. Für beide Zwecke sind vorgeschriebene Disputationen auf Pfarrconventen werthlos.

Die Beschlüsse der Steuercommission.

Die Schlufredaktion der Beschlüsse der Steuerreform-Commission über das Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern und über das Ergänzungsteuergesetz liegt vor; die Schlufredaktion des Communalabgabengesetzes soll heute oder spätestens Sonnabend erfolgen. Die Feststellung des von dem Abg. v. Jagow erststatteten Berichts über das erstmals erachtete Gesetz, welcher zugleich die allgemeine Frage der Steuerreform umfaßt, wird, ist noch in der laufenden Woche zu erwarten. Die anderen beiden Berichte sollen in der nächsten Woche festgestellt werden, so daß sie in der Osterpause nicht bloß von den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, sondern auch von den beteiligten Kreisen der Bevölkerung studirt und beurtheilt werden können.

Der Culturkampf in Ungarn.

Das ungarische Abgeordnetenhaus beendete gestern die Berathung des Budgets des Cultusministeriums. Nach dem Schluß der Debatte kam es zu einem kurzen Zwischenfall zwischen dem Präsidium und mehreren der Opposition angehörigen Abgeordneten, welche behaupteten, die Verlautbarung des Debatteabschlusses nicht gehört zu haben. Der Abgeordnete Julius Horvath wurde hierbei zur Ordnung gerufen. Der Abgeordnete Pázmány motivirte sodann seine Interpellation betreffend die angeblich von der ungarischen Regierung im Jahre 1884 beim Vatican unternommenen Schritte. Der Ministerpräsident Wekerle antwortete, die Regierung fühle sich nicht berufen, sich eingehender mit der Sache zu befassen. Der Minister des Auswärtigen Graf Károlyi respective die Rechte Ungarns und gehe in inneren Angelegenheiten nur auf den Wunsch der betreffenden Regierung vor. Zur Angelegenheit selbst erklärte der Ministerpräsident, am 24. März 1884 sei ein Privatschreiben ohne amtliche Signatur und Nummer an den Botschafter beim päpstlichen Stuhle Grafen Paar abgegangen, welches nicht beweiste, eine Unterstüzung zu erbitten, sondern einen informativen Charakter hatte und besagte, der päpstliche Stuhl möge auf die leidenschaftliche Haltung des Clerus mäßigend einwirken. Das Schreiben sei auf ein mundliches Ersuchen des damaligen Unterrichtsministers Trefort abgegangen. Ein Verkehr mit dem heiligen Stuhle in Angelegenheiten, welche die religiösen Gefühle der Katholiken betreffen, könne nicht beanstanden werden, es bedeute ein solcher nicht die Gestaltung einer Einmischung in innere Angelegenheiten des Reiches. Auch andere Staaten hätten diese Intervention in höheren Fragen angerufen, ohne daß die betreffenden Staatsmänner deshalb der Preisgebung des Landes bezüglich worden wären. Das betreffende Auktionsstück vorzulegen, sehe er keine Veranlassung. Was die angeblich damals erfolgte Entsendung einer höheren politischen Persönlichkeit nach Rom befußt Intervention zu Gunsten der Regierung angehe, so sei ihm davon absolut nichts bekannt.

Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde

von dem Hause einstimmig zur Kenntnis genommen. Bei der Debatte über den Etat des Cultusministeriums erklärte Graf Apponi, wenn die kirchenpolitischen Vorlagen der Regierung zweckentsprechend seien, würden sie seine Unterstüzung finden, sonst nicht. Die Ausübung eines Zwanges auf die Parleigonen zu Statisten-diensten für die Regierung könnte man von ihm nicht erwarten. Die Regierung sei verpflichtet, die angekündigten Gesetzentwürfe baldigst einzubringen. Die liberale Auffassung in Ungarn sei keineswegs an die Existenz eines bestimmten Ministeriums gebunden.

Die Panama-Affäre

blidete auch gestern wieder den einzigen Gegenstand der Verhandlung in der französischen Deputirtenkammer, namentlich da in den Blättern neue „Entschlüsse“ veröffentlicht worden sind. Der Ministerpräsident Ribot erklärte, der „Gaulois“ habe in seiner Donnerstag-Nummer mitgetheilt, er (Ribot) hätte Cottu bitten lassen, den Namen einer bekannten Persönlichkeit, welche einen Panama-Check erhoben habe, nicht zu nennen, indem er (Ribot) versprochen habe, sich für sein (Cottu) Schweißen dankbar zu erweisen. Er habe von einem Gerücht Kenntnis erhalten, wonach die betreffende Persönlichkeit der Botschafter einer fremden Macht sei. Diese Behauptung sei eine schmachvolle Verleumdung. Es sei ferner erzählt worden, daß der Name der betreffenden Persönlichkeit während der Verhandlung des Schwurgerichts erwähnt worden sei. Er (Ribot) habe sich an den Vorsteher der Advokatenchaft gewandt und ihm gegenüber erklärt, bevor man in solcher Weise Aergerlich erregt, sollte man sich doch gegenseitig halten, daß man Franzose sei. (Beifall.) Der Vorsteher der Advokatenchaft habe darauf mit dem Vertheidiger Cottu gesprochen, welcher erklärt habe, daß er niemals eine solche Absicht gehabt habe, da die in Rede stehende Persönlichkeit der Panama-Angelegenheit durchaus fern stehe. (Beifall.) Diese Mithörung, welche hätte geheim bleiben sollen, sei soeben den Blättern zugefügt worden, in welchen dieselbe entstellt worden sei. Diese Vorgänge seien schmählich. Er hoffe, daß der Disciplinarharr die erforderlichen Maßnahmen zu treffen wissen werde, um die Würde der Advokatenkörperschaft zu wahren. (Beifall links.) Hierauf kündigte Barris (Boulangist) eine Interpellation an über die Mitteilung der Morgenblätter vom Donnerstag, daß Doubet seiner Zeit Soinoury beauftragt habe, sich die Namen von Deputirten der Rechten, welche in die Panama-Angelegenheit verwickelt seien, zu verschaffen und Arton entstehen zu lassen. Die Berathung der Interpellation wurde auf einen Monat vertagt.

Beim Schluß der Sitzung ersucht Ribot wieder einen Sieg, indem bezüglich eines Antrages in Sachen der Getränkesteuerreform der von ihm und Tirard befürworteten Uebergang zur Tagesordnung mit 282 gegen 245 Stimmen angenommen wurde. Freilich ist die Mehrheit schon etwas geringer als diejenige, mit der Ribot noch am Montag siegte.

Der gestrigen Verhandlung des Panama-Befreiungsprozesses wohnte wieder ein zahlreiches Publikum bei. Der Advocat Barbouy hob in seinen Vertheidigungsreden besonders hervor, daß die Unterzeichner der Panama-Annalen mit den gerichtlichen Verfolgungen durchaus nicht einverstanden wären und namentlich ihr Vertrauen zu Lesseps nicht verloren hätten. Er schilderte die Lage der Panama-Gesellschaft im Jahre 1885; damals seien alle Handelskammern der Ansicht gewesen, daß der Kanalbau fortgeschritten müsse. Dazu war es nötig, die Genehmigung des Gesetzentwurfes zur Ausgabe der Obligationen durch ein Votum der Kammer zu erlangen, und sich den Forderungen Bahnhofs und Genossen zu unterwerfen. Godann wies der Vertheidiger auf den Mangel an Zusammenhang innerhalb des Ministeriums hin, worauf die gerichtliche Verfolgung entstanden sei, kritisirt den gerichtlichen Beschuß, durch welchen Lesseps verurtheilt wurde, und erinnerte an dessen ruhmvolle Vergangenheit. In der Besprechung des Zolles Bahnhof betonte Barbouy, es sei durch Bahnhof eine formelle Verpreßung ausgeübt worden; hätte Lesseps derfelben nicht Folge geleistet, so wäre dies gleichbedeutend mit dem Ruin der Actionäre gewesen. Nirgends sei ein Beweis dafür erbracht worden, daß die Panama-Compagnie jedermann habe bestehen wollen. Man berufe sich auf den todten Baron Reinach, auf den kranken Cornelius Herzl und auf Arton, dessen endliche Ermittelung zweifelhaft sei. Auf eine Bemerkung des Vertheidigers, daß Clemenceau wohl in der Lage sei, die Herrscher-Dépêches mitzuheilen, erwiderte der Präsident, die Dépêches stünden ja der Vertheidigung zur Disposition, worauf Barbouy auf die Geldsumme hinwies, welche die Panama-Gesellschaft für politische Zwecke habe ausgeben müssen, und an den Einfuhr erinnerte, welchen Herzl bei Clemenceau und der radicalen Partei gehabt habe. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben. Heute wird Barbouy sein Plaidoyer beendigen.

Die Franzosen in Dahomey.

Reuters Bureau läßt sich aus Lagos melden, daß täglich Defektionen unter den französischen Truppen in Dahomey stattfinden. Die Mannschaften der Fremdenlegion sind — wie es heißt — nicht im Stande, das Alima zu ertragen und sind außerdem mit der ihnen zu Theil werdenden Behandlungsweise unzufrieden. Deserteure sagen aus, daß die Truppen beständig von dahomeischen Guerilla-Banden angegriffen werden. — Das ist freilich ein ganz anderes Bild, als es in den offiziellen Berichten des General Dodds gezeichnet zu werden pflegt.

Wahlaustritte in Serbien.

Gelegentlich der letzten Wahlgewalten sind in mehreren Wahlbezirken Austritte seitens der Radicalen vorgekommen, welche ein Einschreiten der bewaffneten Macht nötig machen. Hierbei wurde in Leshovac und Blastonice von den Waffen Gebrauch gemacht. Mehrere Personen wurden verhaftet, unter denen, einem Gerüchte zufolge, sich 4 radikale Abgeordnete befinden.

Der Aufstand in Honduras.

Der New Yorker „Herald“ hat die folgende Depesche von Panama in Bezug auf den Aufstand in Honduras erhalten. Genos Ruiz Sandou wurde von den Truppen des Generals Vasquez gefangen genommen und nach Amapal geführt. Dort wurde er zur Verbannung verurtheilt und wurde ihm besohlen, Honduras sofort zu ver-

lassen. Er ist jetzt in Panama angekommen. Nach eingegangenen Meldungen von Tegucigalpa hat dort ein blutiger Zusammenstoß in der Nähe von Comapagua stattgefunden, woselbst General Vasquez sich stark verkannt hat.

Reichstag.

68. Sitzung vom 16. März, 1 Uhr.

Am Bundesrathäste: v. Böttcher, v. Marschall. Zur ersten Berathung steht der Freundschafts-, Handels- und Schiffssatzvertrag zwischen dem Reich und dem Freistaat Columbia.

Abg. Oechelhäuser (nat.-lib.) ist erfreut über diesen Abschluß eines Meißbegünstigungsvertrages, der den panamerikanischen Gefüßen der Vereinigten Staaten einen Domänen entgegenstellt. Er beantragt die Verweitung des Vertrages an eine Commission, um unter Anderem die Bestimmung des Art. 20 zu prüfen, wonach die deutsche Regierung mit Ausnahme der Fälle, in welchen ein Verhältnis oder ein Mangel an schädiger Sorgfalt seitens der Behörden Columbiens vorliegt, die columbianische Regierung nicht verantwortlich machen wird für Schäden, Bedrückungen oder Erpressungen, welche die Angehörigen des Deutschen Reiches in dem Gebiete Columbiens bei Empörungen oder Bürgerkriegen seitens Austräumer zu erleiden haben sollten, oder welche ihnen durch wilde, der Regierung ungehorsame Stämme zugefügt werden.

Abg. v. Bar (kreis) stimmt dem Vorberede zu und beanstandet auch, daß in dem Vertrage eine Bestimmung über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern ausgenommen ist, welche besser in einem besonderen Vertrage geregelt würde.

Abg. Brömel (kreis) empfiehlt gleichfalls Commissionsberathung.

Abg. v. Staudy (cons.) spricht sich auch bei dieser Gelegenheit gegen das neue System der Handelsverträge aus, wie es bei dem vorliegenden Handelsvertrag gezeigt werden soll. In der deutschen Bevölkerung mache sich gegen das System ein immer stärkerer Widerspruch geltend. Die Deutschnationalen werden in ihrer großen Anzahl jetzt auch für die Commissionsberathung eintreten.

Staatssekretär v. Marschall macht darauf aufmerksam, daß es sich gar nicht um einen Tarifvertrag, sondern um einen Meißbegünstigungsvertrag handelt, wie ihn als Muster gerade Graf Mirbach und Graf Rantz empfohlen haben. Die Regierung könnte es nur lieb sein, wenn jede Einzelheit des Vertrages gründlich in einer Commission geprüft würde. Der Abschluß eines Vertrages zwischen Columbiens und dem deutschen Reich sei schon seit 20 Jahren Gegenstand der Berathung, da der bestehende hanseatisch-neugranadische Vertrag sich auf das deutsche Reich nicht habe ausdehnen lassen. Seit 1883 werde über einen solchen Abschluß berathen, aber erst 1891 seien die Verhandlungen in Fluss geraten und endlich sei am 23. Juli 1892 der Vertrag zu Bogota abgeschlossen worden. Der angefochtene Artikel 20 entspricht wörtlich dem Artikel 18 im mexikanischen Vertrage, der seiner Zeit vom Reichstage ohne Debatte angenommen wurde. Art. 6, betreffend die Ausweisung überbeladeneter Individuen, entspricht wörtlich dem Art. 3 des Vertrages mit Ecuador von 1887.

Abg. v. Marquardsen (nat.-lib.) hofft, daß in künftigen Handelsverträgen eine Sicherheit, wie sie im Art. 20 ausgesprochen wird, allgemein zur Aufnahme gelangt.

Abg. v. Staudy erklärt, daß seine Partei bei neuen Handelsverträgen von jetzt ab immer Commissionsberathung beantragen wird. Ferner beklagt sich Redner über die unfreundliche Behandlung, welche die Rechte von Bundesrathäste auch bei dieser Gelegenheit wieder erfahren müsse. Diese Unfreundlichkeit werde die Partei in der festen Stellung, die sie eingenommen habe, nur verstärken. Einen russischen Handelsvertrag würde sie unter keinen Umständen annehmen.

Staatssekretär v. Marschall: Ich bin mir nicht bewußt, irgend ein Wort gefragt oder auch nur gedacht zu haben, welches den Ausdruck Unfreundlichkeit rechtfertigen würde. Die Hineinziehung der diplomatischen Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag in die Debatte könnte wirklich für keiner Bevölkerung von Vorteil sein.

Abg. Brömel hält es für eine unfreundliche Behandlung des Hauses seitens der Conservativen, wenn bei jeder Gelegenheit gegen einen russischen Handelsvertrag polemisiert. Wenn ein solcher Vertrag vereinbart werde, sei die freisinnige Partei bereit, ohne jede Vereinigungsmöglichkeit die Vereinbarung zu prüfen.

Abg. v. Staudy: Herr Brömel und seine Freunde haben 1891 die Commissionsberathung über die Handelsverträge uns verweigert. Wir wollen diese Commissionsberathung, um eben ohne Vereinigungsmöglichkeit prüfen zu können. Wir sind nicht unter allen Umständen gegen einen Handelsvertrag mit Russland, sondern gegen einen Conventionaltarif. Herr von Marschall hat selbst erklärt, daß es ohne Concession auf dem Gebiete der Getreidezölle keinen Handelsvertrag mit Russland geben. Die deutsche Landwirtschaft ist außer Stande, das zu tragen.

Staatssekretär v. Marschall: Ich habe eine solche Aeußerung gar nicht gethan. Ich habe gesagt, daß es bei einem Vertrag auf ein Entgegenkommen von beiden Seiten ankomme.

Abg. Oechelhäuser: Einen guten Handelsvertrag mit Russland wird Niemand eifriger im Hause empfehlen, als ich.

Abg. Brömel: Der Reichstag hat sich seinerzeit mit großer Mehrheit für die Plenarberathung der Handelsverträge entschieden. Ganz anders liegt es mit dem columbianischen Vertrage, da hier eine Reihe völkerrechtlicher Fragen geregelt werden, über welche sich der Allgemeinen für die Zukunft mit der Regierung zu verstündigen der Wunsch aller Bevölkerung sein muß. Herr v. Staudy treibt hier handelspolitischen Spitzimus, einen weiteren Werth haben seine Ausführungen zur Zeit nicht.

Abg. v. Komierowski (Pole): Die Unruhe in landwirtschaftlichen Kreisen ist allerdings eine große. Gestern ist von Posen eine Petition an den Reichskanzler abgegangen welche für den Fall, daß eine Ermäßigung der Getreidezölle gegen Russland eintreten sollte, die Ablehnung des Abchlusses des Handelsvertrages fordert.

Damit schließt die Discussion. Der Handelsvertrag wird einer Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Berathung der Novelle zum Gesetz, betreffend den Unterstüzungswohnstift.

Abg. Hahn (cons.): Durch diese Novelle sind die Wünsche meiner Freunde in einiger Beziehung erfüllt worden. Aber nur in einiger Beziehung, denn unsere Wünsche gehen weiter. Wir stehen auf dem Boden der sozialpolitischen Gesetzgebung. Doch glauben wir, daß eine Ausgleichung für dieselbe durch eine fundamentale Änderung des Unterstüzungswohnstiftsgesetzes stattfinden muss. Wir begrüßen die Vorlage immerhin mit Freuden und verzichten auf die Gegenstimmung weiterer Debatte und Erörterung principieller Fragen über Armen- und Heimathsrrecht, die die Annahme dieses Gesetzes erschweren würde. Die Herabsetzung des Alters für die Gemeindezuständigkeit auf 18 Jahre ist die meistglückliche Bestimmung, da mit diesem Lebensjahr die wirtschaftliche Selbständigkeit eines sehr großen Theiles der Bevölkerung schon begonnen hat. Da das Verlassen der Heimat, das wir beklagen, schon mit dem vierzehnten Lebensjahr zu beginnen pflegt, so wäre eine Herabsetzung der Zuständigkeitsgrenze auf das sechzehnte Lebensjahr wohl angebracht. Doch können diese Fragen am besten in der Commission erörtert werden. Dort wird auch die Erörterung der Frage über das Armenrecht in Elsaß-Lothringen stattfinden müssen, denn es ist doch ein merkwürdiger Zustand, daß Elsaß-Lothringen in dieser Hinsicht dem übrigen Deutschland gegenüber als Ausland gilt. Das platt Land ist durch die Armenpflege außerordentlich belastet. Wir machen unsere Resolution zu den Vorschlägen zur Mehrhaftmachung

Deutschlands nicht von Bedingungen abhängig. Aber wir müssen verlangen, daß ein Ausgleich für die Kosten geschaffen wird, welche die soziale Gesetzgebung, die wir aus innerster Überzeugung unterstützen, und die Militärforderungen dem platten Lande aufzubürden. (Beifall rechts.)

Abg. Stolle (soc.): Ich bin kein prinzipieller Gegner der Heraussetzung der Altersgrenze, aber ich gehe von anderen Gründen aus als die Herren von der Rechten. Die Herren irren, wenn sie meinen, die Arbeiter gehöre aus dem Osten nach dem Westen ganz freiwillig, mir nichts drüs weg. Die Leute gehen naturgemäß dorthin, wo sie besser bezahlt werden. Ich führe einen Zeugen an, den auch Sie als klassisch anerkennen werden, Herrn v. Puttkamer-Plauth, der selbst gesagt hat, die Sache werde nicht eher besser werden, als bis die landwirtschaftlichen Arbeiter ebenso gut behandelt würden, wie die industriellen Arbeiter. Wenn durch dies Gesetz die wirtschaftliche Selbständigkeit der Arbeiter vom 18. Lebensjahr ab anerkannt wird, dann müssen ihnen auch die entsprechenden politischen Rechte gegeben werden. Das heutige Gesetz hat geradezu grausame Zustände gezeigt. So ist es vorgekommen, daß einem braven Arbeiter seine alte Mutter weggenommen werden sollte, und als er erklärt, nur über seine Leiche gehe der Weg zu seiner Mutter, wurde er wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verurtheilt. Gegenüber dem heutigen Zustande, nach dem die einzelnen Gemeinden die Armentlast zu tragen haben, verlangen wir eine centralistische Armenpflege, damit die Last gleichmäßig auf alle Schultern vertheilt wird. Über die Einzelfragen werden wir in der Commission verhandeln können. Ich beantrage, den Entwurf an eine Commission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Samy (Reichsp.): Auch ich halte den Weg einer Centralisation der Armenpflege für einen praktischen. Leider steht der Verwirklichung dieses Gedankens die verschiedenste Auffassung in den einzelnen Theilen des Reiches entgegen. Namentlich die Südbayern wollen ihr Heimathsrrecht nicht aufgeben. Heute, wo die wirtschaftliche Crise nicht mehr an die Gemeinde gebunden ist, sollte auch die Gemeinde nicht mehr mit den Armenausgaben belastet werden. Wie ungerecht fertigt die Abwägung der Armenpflege von Staat auf die Gemeinde ist, illustriert am besten die Sachsgänger. Wenn Sachsgänger zwei Jahre in einem anderen Orte gearbeitet haben und krank zur Last. Das ist eine Ungerechtigkeit.

Die Bestimmung, daß die Unterstützung des Dienstorts von 6 auf 13 Wochen ausgedehnt wird, halte ich für gerecht, weil dadurch die städtischen Gemeinden veranlaßt werden, für Beschäftigung der Leute zu

Special-Versand-Geschäft von Gustav Gawandka, Breitgasse Nr. 10, Ecke Kohlengasse und Große Berggasse Nr. 20.



Dampfer „Montwry“
 Captain Ulm,
 label bis Sonnabend Abend Güter
 in der Stadt und Neufahrwasser
 nach Dirschau, Neive, Kurzebrak, Neuenburg, Graudentz, Culm.
 Güteranmeldungen erbittet
 Ferdinand Krahm,
 Schäferei 15.

SS „Lisbeth“,
 Capt. B. Breckwoldt,
 von Hamburg eingetroffen, löst am
 Packhof. Inhaber der girten Connoissements ex SS. Steinheft, SS. Malasa, SS. Lissa von wollen sich melden bei
 Ferdinand Prowe.

SS „Pauline“,
 Capt. Kröger,
 von Hamburg eingetroffen, löst am
 Packhof. (7251)
 Ferdinand Prowe.

Nach
 Greenock - Glasgow
 lädt jetzt in Neufahrwasser

„Merlin“,
 Capt. Thomson.

Wilh. Ganswindt.

Loose zur Ruhmeshallen-Lotterie
 a 1 M.

Loose zur Treptower Silber-Lotterie a 1 M.

Loose zur Königsberger, Stettiner und Schneidemüller

Pferdelotterie a M 1.

Loose zur Marienburger Gold-Lotterie a 3 M.

zu haben bei

Th. Bertling.

Höhere Knaben-Schule

zu Zoppot.

Das neue Schuljahr beginnt Dienstag, den 11. April. Zur Aufnahme neuer Schüler bin ich Sonnabend, den 8. und Montag, den 10. April von 9—12 Uhr in meinem Geschäftsräum im Schulhaus bereit.

Dr. R. Hohnfeldt.

Schön- &

Schnellschrift-

Berichterstattung Herren u. Damen unter Garantie des Erfolges

A. Schaeke,

Kaufhaus 2, II. Stock.

Ein geb. Russ wünscht russischen Unterricht zu erhalten.

Offerten unter Nr. 7177 in der Expedition d. Zeitung erb.

Farben,

„Erd und Metall“,

trocken und in Del abgerieben,

Lacke, Pinsel,

Leim, Bronzeen,

sowie sämmtliche

Malerutensilien,

englische

Rutschens-Lache

in Kanistern von 1—12,5 Kilo

offerirt zu Fabrikpreisen

H. Mansky,

Holzmarkt Nr. 27.

Elb - Sprotten,

a 45 s.

Caviar,

mildgesalzen, a 45 3 M.

Rollmops, Stück 3 Pf.

Delicatz - herringe,

3 Stück 25 s. empfehlt

Albert Meck,

Heil. Geistgasse 19,

wischen Scharmacher- u. Siegeng.

Täglich lebend frische

Ostseelachse

zum billigsten Tagespreise, sowie

frische Zander, Pf. 40 s.

Wilh. Goertz,

Frauengasse 46.

Lischbutter!

Anerkannt beste Lischbutter

a 1,10 M empfehlt

Mr. Burkhard Nachs.,

Breitgasse Nr. 29.

Wieder verkäufern billiger.

Herrenstiefel

in großer Auswahl sowohl

für jeden Fuß passend, mit

einfachen u. dopp. Sohlen.

Herrenstiefel

aus ganz feinem dünnen

Salbeleder, u. echt Chevreau-

Damen-Lederstiefel

zum knöpfen, schnüren und

Gummizug, von den ein-

fachsten bis zu den feinsten

Lederarten, in jeder beliebigen Form, auch die jetzt so beliebten mit englischen Abhängen.

Promenadenstiefele

für Herren, Damen und

Kind, Preise billigst, bei

streng reeller Bedienung.

J. Willdorff,

Kürschnergasse 9.



Gewinne
 der Königsb.
 10 complet bespannte Equipagen,
 47 edle ostpreuss. Pferde,
 2443 massive Silbergegenstände.
 Bziehung univieratisch am 17. Mai.

Loose à 1 Mark, 11 Stück 10 Mark.
 Loospo 10 s. Gewinnliste 23 s. empfehlt die General-Agentur Leo Wolff, Königsberg i. Pr., in Danzig die Herren Theodor Berling, Herm. Tau, F. L. Schmidt, Carl Teller jun., R. Knabe, Carl Peter, Ludwig Marklin, E. Radke, E. Beckmann, Fr. Steg, Joh. Wiens, Rud. Kreisel und in der Expedition dieser Zeitung.
 Die Gewinnlizenzen der Königsberger Pferde-Lotterie sind viel günstiger als bei den meisten ähnlichen Lotterien, da sie bei bedeutend, geringerer Loosanzahl verhältnismäßig mehr und bessere Gewinne bietet. (7227)

Danziger Actien-Bierbrauerei.
 Comtoir: Heil. Geistgasse 126. Fernsprech-Anschluß Nr. 1 empfehlt ihre chemisch reinen Biere, in Binden u. in Flaschen, welche Eigenthum der Brauerei bleiben:

Böhmisches Bier (pilsener Brauart)
 Lagerbier (Münchener Brauart)
 welche nur aus bestem (hell resp. stark gebaartem) Malt und feinstem Böhmischem resp. Bavarischen Hopfen gebraut, das Vorzuglichste darstellen, was die Brautechnik zu leisten vermag. Ferner empfehlen wir unser ganz vorzügliches

Exportbier
 nach Nürnberger Brauert bereitet, welches sich durch besondere Haltbarkeit auszeichnet.

Walzeisen, Spaten,
 Schmiedeeisen, Dung-Gabeln,
 Ackergeräthe, Schaufeln,
 abgedrehte Wagenachsen,
 Hufnägel, Ketten aller Art,
 empfehlt zu billigsten Preisen
 Rudolph Mischa, Langgasse Nr. 5. (6408)

Brodbänkengasse 8 und 39.
 10—12 000 Mark gegen doppelte Sicherheit gesucht. Adressen unter Nr. 7175 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Stellenvermittlung.

Engl. Ale von S. Allport & Sons, London, sowie Engl. Porter empfehlt Robert Krüger, Langermarkt 11.

Caviar-Freunden empfehlt von heute wiederum frisch eingetroffenen herrlich schönen Afrachauer Caviar die russische Caviar-Handlung S. Plotkin, Nr. 26 Jopengasse Nr. 26.

L. Willdorff, Jopengasse Nr. 36 empfehlt Herren-Garderoben nach Maß in bester Ausführung zu billigen Preisen. Gehr große Auswahl in modernen Stoffen jeden Genres.

Bockbier 30 Flaschen für 3 M empfehlt a. Mekelburger, Gr. Wollwebergasse 13. (7223)

Tageslicht-Reflectoren zur Erhellung dunkler Räume empfehlt A. Meyer, Jopengasse Nr. 58, Ziegengasse-Ecke.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen zum April empfiehlt. Selbstgeschrieben. Bewerbungen unter Nr. 7240 der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

Beilage zu Nr. 20031 der Danziger Zeitung.

Freitag, 17. März 1893.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung vom 16. März. 11 Uhr.

Am Ministertheile: Graf zu Eulenburg und Commissarien.

Auf Antrag des Abg. Stengel (freicons.) wird an Stelle des Abg. Eberhard (cons.), welcher sein Mandat niedergelegt hat, der Abg. Bode (cons.) durch Jurus zum Schriftführer gewählt.

In der ersten Berathung des Gesekentwurfs betreffend die Erweiterung der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Aiel (durch Einverleibung der Landsgemeinde Wik) befürwortet Abg. Seelig (freis.) die Vorlage dringend, worauf dieselbe sofort in zweiter Lesung genehmigt wird.

Darauf folgt die dritte Berathung des Gesekentwurfs betreffend Änderung des Wahlverfahrens.

In der Generaldebatte erklärt

Abg. v. Gnern (nat-lib.) namens seiner Partei-freunde, daß die in der zweiten Lesung beschlossenen Zusätze betreffend die Einführung einer oberen Grenze von 2000 Mk. für die Einkommensteuer und betreffend die Eintheilung der Urwahlbezirke in besondere Abtheilungen, es ihnen unmöglich machen, für das Gesetz zu stimmen, weil dadurch das Prinzip des Gesetzes: die Benennung des Wahlrechts nach der Steuerauhaltung, durchbrochen wird. Das Centrum will und wird durch diese Änderungen einen unberechtigten Einfluß gewinnen auf die Gestaltung des Schulwesens und auf die Besetzung der Selbstverwaltungsräte. Ramentlich wird die Eintheilung der Urwahlbezirke in besondere Abtheilungen das Dreiklassenwahlstems zu einer Karikatur machen, und dadurch neue Angriffspunkte auf das Wahlstems schaffen. Wenn diese Seltsamkeiten eine Folge des Systems wären, so würden wir dagegen nichts einwenden können. Es handelt sich aber hier um Willkürlichkeiten, die wir nicht billigen können; wir halten dieses Gesetz für ein Parteidikt, aber nicht für ein allgemeines Landesgesetz.

Abg. v. Hendelbrand (cons.) erklärt, daß die Conservativen das Gesetz ablehnen würden, wenn die von dem Vorredner angeregten Änderungen vorgenommen würden.

Abg. Richert: Gründe haben Sie für dieses Wahlgesetz nicht, aber die nötige Anzahl Stimmen. Der Abg. v. Gnern hat Recht, es ist eine Caricatur. Heute kann man ja das noch sagen, da es noch Entwurf ist. (Heiterkeit.) Traurig genug, daß man seine Hoffnung noch auf das Herrenhaus setzt. Am tiefsten hat das Compromiß der conservative frühere Minister Herrfurth charakterisiert. Es ist principios, voller Widersprüche, es rechnet nicht gezierte Steuern an, rechnet gezahlte Steuern nicht an, begünstigt einzelne Bevölkerungsklassen. Es gibt alles dem Zufall preis, öffnet der Willkür Thür und Thor. Dieses Wahlgesetz gräßt, wie Herrfurth treffend sagt, dem bisherigen System das Grab. Es proklamirt als Grundlage die Steuerleistung. Wie will man damit in Einklang bringen, daß Berlin, das mehr an Einkommensteuer zahlt, wie die Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Brandenburg zusammen, nur die winzige Zahl von 9 Abgeordneten behält. Mußte man nicht zugleich diese schreiende Ungerechtigkeit durch eine anderweitige Eintheilung der Wahlbezirke befehligen? Diese Verpflichtung hat die Regierung schon 1869 gefühlt. Ist es nicht nicht eine schreiende Ungerechtigkeit, daß man bei der Rechnung der Steuern die schweren indirekten Steuern außer Acht läßt? Haben nur die Bevölkerungen einen Anteil an den 400 Millionen Einnahmen aus Eisenbahnen, Bergwerken, Domänen und Forsten? Nicht einmal die geheime Abstimmung, diesen Schuh der Schwachen und Abhängigen, will man. Als 1883 hier der Antrag Stern auf Einführung der geheimen Abstimmung verhandelt wurde, erklärte Abg. Hobrecht, daß seine Partei prinzipiell nicht dagegen sei, daß viele seiner Freunde und gerade solche, in deren Gegenben eine starke Fabrikbevölkerung lebt, den dringenden Wunsch hätten, die geheime Wahl sobald als möglich einzuführen. (Hört! hört! links.) Welche Gründe hat man jetzt dagegen? Schön der absolute König Friedrich Wilhelm III. hat bei den Kirchenwahlen in der Rheinprovinz die geheime Abstimmung eingeführt, weil dabei kein Drang eintreten könne und die wahre Herzensmeinung der Wähler zum Ausdruck komme. Was Sie auch sagen mögen — die Verweigerung der geheimen Abstimmung ist die Verweigerung des Schuhs der Schwachen und Abhängigen. (Sehr wahr! links.) Wir werden über diesen Antrag namentliche Abstimmung verlangen und bedauern, daß wir dafür nur bei den Polen und nicht einmal bei dem Centrum, das die Sache doch sonst für wichtig hält, Unterstüzung erhalten. Es ist bezeichnend, daß ein conservativer Minister (Herrfurth) das Reichstagwahlgesetz zwar für eine Gefahr für gewisse Fraktionen, aber nicht für den Staat erklärt hat. Sie wollen es nicht, weil Sie für den Bestand gewisser Fraktionen fürchten. Es ist traurig, daß man in dem führenden Staat Deutschlands eine so gehässige Stellung gegen die Grundlage der Volksvertretung des Reiches einnimmt. Das ist für die Dauer unerträglich. Es ist gleichgültig, wenn die Regierung von Anhalt, wie das geschehen, in der letzten Thronerede gegen die handelspolitisch östlichen Stellung nimmt, aber nicht, wenn Preußen sich in einer so wichtigen Sache den Reichsinstitutionen abgeneigt zeigt. Verschiedene Wahlgesetze im Reich und Preußen werden sich für die Dauer nicht nebeneinander erhalten können. Die Conservativen wollen beide nicht, sie wollen die corporative Gliederung. Aber das wird ebenso wenig gelingen, wie die Befestigung des Reichstagswahlrechts. In dem Kampfe zwischen dem Reich und dem particularistischen Preußen wird das Reich siegen. (Sehr gut! links.)

Abg. Bachem (Centr.): Wir haben bei der zweiten Lesung unsern Standpunkt im einzelnen vertreten, so daß jeder, der ihn verstehen will, ihn verstehen kann. Wir werden deshalb uns nur auf das Rothwendigste befranken. Die Drittteilung in den Urwahlbezirken gefällt den Nationalliberalen nicht aus parteipolitischen Gründen, wie sie sagen; ich habe niemals von parteipolitischen Gründen gesprochen, und die Conservativen, mit denen zusammen wir das Gesetz machen, haben nicht erkannt, daß parteipolitische Gründe maßgebend sind. Ihr Urtheil ist mir mehr wert als das der Nationalliberalen. Uebrigens haben die Nationalliberalen in der Commission die Feststellung einer Grenze von 2000 Mk. zuerst selbst angenommen. Weshalb wird jetzt eine solche Bestimmung als Parteidikt betrachtet? Sind dafür etwa parteipolitische Gründe maßgebend? Herr Richert magt uns den Vorwurf, daß wir die namentliche Abstimmung nicht unterstützen wollen. Herr Richert sieht sich wohl nach der Zeit zurück, wo in den „Lustigen Blättern“ ein Bild erschien, Herr Richert mit der Reichsglocke voran und das Centrum hinter ihm her. (Heiterkeit.) Herr Richert fühlt sich isolirt; aber wir werden jetzt ihm keine Gesellschaft leisten, bis er eine bessere Politik, welche die realen Thatsachen berücksichtigt, treibt. Unser Standpunkt zur geheimen Abstimmung ist bekannt, wir brauchen nicht die Zeit mit langen Reden und namentlichen Abstimmungen zu vergeuden. Wir werden an dem Compromiß festhalten, da die Conservativen ehrlich daran festhalten, und hoffen, daß diejenigen Herren von den Nationalliberalen und Freiconservativen, welche in der Commission sich von unseren Gründen haben überzeugen lassen, auch in der Schlafabstimmung zu uns stehen werden.

Abg. v. Leditz (freicons.): Die Beschlüsse der zweiten Lesung öffnen das Thor weit für den Einzug des

gleichen allgemeinen Wahlrechts in Preußen; das Dreiklassenwahlstems wird an mehreren Stellen durchbrochen und zwar sowohl unten wie oben. Das Centrum betrachtet die Beschlüsse als einen Fortschritt; das Ziel des Centrums ist aber das gleiche und geheime Wahlrecht; jeder Fortschritt muß also auf dem Wege zu diesem Ziele liegen. Deshalb ist der Gesekentwurf nicht eine Schuhwehr gegen das geheime Wahlrecht, sondern eine Klappe zu demselben, und kann daher nicht geheimlich wirken. Wir haben unsere Anträge wiederholt, weil ja mit der heutigen Verhandlung die gesetzgeberische Thätigkeit noch nicht beendet ist.

Minister Graf zu Eulenburg: Ich habe durchaus mich erklärt, daß die Beschlüsse der zweiten Lesung eine Verbesserung des Dreiklassenwahlstems sind. Ich habe den Vorschriften der Regierungsvorlage den Vorzug gegeben und nur gebeten, die Beschlüsse so zu fassen, daß die Grundlagen des Dreiklassenwahlstems gefestigt werden. Ich halte die Steuergrenze von 2000 Mk. nicht für zweckmäßig und bitte, dieselbe abzulehnen. Herr Richert hat eine Vorlage über die Abänderung der Wahlbezirke verlangt. Wir haben bisher diese Frage immer gesondert behandelt, wir könnten sie aber jetzt mit der Frage des Wahlstems zusammenbringen. Aber wenn Herr Richert sich auf meinen Amtsvorgänger berufen hat in Bezug auf die geheime Wahl, so sollte er für die Frage der Wahlkreiseintheilung auch seine Autorität geltend machen. Herr Herrfurth hat sich gegen die Verbindung der Wahlkreiseintheilung mit dem Wahlstems ausgesprochen. Dass allein durch die geheime Wahl das Stimmrecht geschützt wird, kann ich nicht zugeben. Jedenfalls ist es nicht richtig, daß wir die geheime Wahl deshalb nicht wollen, weil darin ein Schutz des Stimmrechts liegt. Wir wollen auch bei der öffentlichen Abstimmung das Stimmrecht schützen. (Zustimmung rechts.) Die Logik unserer Vorlage liegt klar vor Augen; wir wollen das Wahlstems aufrecht erhalten und es den veränderten Verhältnissen anpassen. Die Änderung der Commission und die Beschlüsse der zweiten Lesung sind Abweichungen vom Prinzip; aber in der Praxis werden sie eine unbedeutende Wirkung haben. Dafür, daß die Grenze von 2000 Mk. in dem einen Theil des Staates anders wirken würde, als in dem andern, dafür fehlen mir vollständig die Beweise. Ich kann nur wiederholen: Stellen Sie die Regierungsvorlage wieder her; wenn Sie sich nicht dazu verstehen können, dann verbitten Sie sich nicht über die einzelnen Bestimmungen; in der Hauptfrage bleibt die Sache auf dem gleichen Wege, es handelt sich um Reparatur unseres Wahlrechts, welches wir beibehalten wollen. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Gjarski (Pole): Die Zustimmung zu dem Einkommensteuergesetz ist von allen Parteien abhängig gemacht von dem Zustandekommen eines genügenden Wahlgesetzes; ob das Wahlgesetz den einzelnen Parteien genügt, muß ihnen überlassen bleiben. Für uns ist das Gesetz nicht genügend. Wir verlangen die Einführung des allgemeinen direkten gleichen und geheimen Wahlrechts. Wir werden für die dahingehenden freisinnigen Anträge stimmen, aber gegen die Beschlüsse der zweiten Lesung und gegen die Regierungsvorlage.

Abg. Graf-Oberfeld (nat-lib.): Behält sich eine Erweiterung auf Richters Anträge vor und erklärt dem Abg. Bachem gegenüber, daß in der Commission der Abg. Rintelten den parteipolitischen Standpunkt ausdrücklich in den Vordergrund gestellt habe. Das Centrum habe sich dem Compromiß angeschlossen, behält sich aber eine spätere Entscheidung vor: Es stimmt für alle freisinnigen Anträge.

Abg. Richert: Der Ministerpräsident meint, die öffentliche Abstimmung sei ein Schutz der Schwachen und Abhängigen, nicht die geheime. Darüber wissen wir von der großen Zahl der Beamten anderes. Sie haben uns wiederholt erklärt in zahllosen Zuschriften, daß der Gewissenszwang bei der öffentlichen Abstimmung nicht zu ertragen sei. (Hört! hört! links.) Ist es dem Ministerpräsidenten wirklich nicht bekannt, daß viele Beamten bei der Landtagswahl gezwungen für die conservativen Kandidaten stimmen, während sie bei der Reichstagswahl freisinnig, ja zum Theil socialdemokratisch wählen? Wo steht denn da der Schuh der Schwachen und Abhängigen. Das Wort Friedrich Wilhelms III. bleibt heute noch bestehen, es gilt heute noch mehr wie damals, wo leider auf die Abhängigen ein Gewissenszwang bei der öffentlichen Abstimmung geübt wird. Dem Abg. Graf bemerkte ich nur, daß er selbst neulich anerkannt hat, ich hätte gesagt, daß die Nationalliberalen im Reich das Wahlrecht nicht antreten wollten. In Bezug auf die geheime Abstimmung — das wiederhole ich und beziehe ich nochmals nicht nur auf das nationalliberale Programm von 1867, sondern auch auf die spätere Rede Hobrechts, war die Partei mit uns einer Meinung. Was die höchstherrnde Art des Abg. Bachem betrifft, so versöhne ich es, denselben persönlichen Ton gegen ihn zu gebrauchen. Er wußte Sachliches nichts vorzubringen (Sehr gut! links) und half sich mit persönlichen Angriffen. Das geschah in der Erkenntnis, daß seine Partei früher große Worte gemacht und heute klein beigegeben hat. Weshalb wollen Sie in einer Frage, die von Ihnen immer für sehr wichtig erklärt ist, keine namentliche Abstimmung? Sie haben doch sonst dieses parlamentarisch zulässige Mittel sehr freiebig gebraucht. Wir werden uns das für die Zukunft merken. Sie haben immer erklärt: keine Steuerreform ohne ausreichende Reform des Wahlrechts. Ist dieses ganz unberechenbare Experiment, das doch wahrlich als keine Verbesserung gelten kann, ausreichend? Dagegen wußte der Abg. Bachem nichts zu sagen und deshalb machte er persönliche Angriffe. (Sehr gut! links. Widerspruch im Centrum.) Er behauptet, der freisinnige Vertreter in der Commission hätte das geheime Wahlrecht kein Wort gehabt. Nach den Protokollen der Commission constatiere ich, daß der Abg. Langerhans nicht nur für die geheime Abstimmung in der Commission gesprochen, sondern auch einen dahingehenden Antrag gestellt hat. (Hört! hört! links.) Solch ein kurzes Gedächtnis hat der Abg. Bachem. Wie lang die Rede von Langerhans gewesen ist, weiß ich freilich nicht, vielleicht bemüht der Abg. Bachem die Güte der Reden nach ihrer Länge. (Sehr gut! links. Widerspruch im Centrum.)

Abg. v. Gnern (nat-lib.): erklärt, daß die Nationalliberalen, wenn über die geheime Wahl namentlich abgestimmt werden sollte, gegen dieselbe stimmen würden. Sie könnten für die geheime Wahl stimmen, würden aber damit nur das ganze Gesetz zu Fall bringen; eine solche Abstimmung aus Bosheit würden die Nationalliberalen aber sich nicht zu Schulden kommen lassen.

Abg. Richert: Dem Abg. Graf bemerkte ich, um jedes Mißverständniß bei den Nationalliberalen zu verhindern, daß ich früher und auch am 13. März lediglich von ihrer Stellung zu den Landtagswahlen gesprochen habe. Das ergiebt der Wortlaut und Sinn meiner Reden. Daß die „Königl. Ztg.“, die man vielleicht mit Unrecht zu den nationalliberalen Blättern zählt, das Reichstagswahlrecht nicht wünscht, weiß ich, aber ich weiß ebenso gut, daß der erste parlamentarische Führer der Nationalliberalen, der Abg. v. Bennigsen, im Reichstag wiederholt erklärt hat, daß das Reichstagswahlrecht nicht angetastet werden solle.

Damit schließt die Generaldebatte.

Für die Spezialberathung liegen fast sämtliche Anträge der zweiten Lesung wieder vor: 1) Zum § 1 der Antrag v. Leditz: Die Steuergrenze und die Rechnung von je 3 Mk. für die steuerfreien Wähler zu streichen und in die erste Abtheilung 45 v. h. in die

zweite 33 v. h. und in die dritte 22 v. h. des Steuerbeitrages zu verweisen. 2) Zum § 2 ein freisinniger Antrag, den zweitens Theil der Wähler der ersten, 20 der zweiten Klasse zuweisen; 3) zum § 4 (Drittteilung in den Urwahlbezirken) der Antrag v. Leditz auf Streichung und 4) zum § 5 der freisinnige Antrag auf Einführung der geheimen Abstimmung.

S 1 wird, nachdem der Abg. Friedberg (nat-lib.) nochmals Protest dagegen erhoben hat, daß das Wahlrecht der Einkommensteuerzahler in den höheren Stufen verkürzt werde, unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen; zur Minderheit gehören die Freiconservativen, die Nationalliberalen, Freisinnigen und die Polen, sowie die ehemaligen Minister Herrfurth, v. Lucius und v. Manbach. Ebenso werden die §§ 2, 3, 4 und 5 unverändert angenommen.

Über den von den Freisinnigen beantragten § 5a wegen der geheimen Abstimmung soll nach dem Antrage der Freisinnigen namentlich abgestimmt werden; der Antrag wird aber nicht genügend unterstellt; § 5a wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Polen und der Hälfte des Centrums abgelehnt.

Die §§ 6 bis 8 werden ebenfalls genehmigt, nachdem beim § 8 der

Abg. Rintelten (Centr.) erklärt hatte, zugleich im Namen seines Fraktionsgenossen Trittm., daß sie beide in der Commission gegen die Commissionsbeschlüsse gestimmt, sich aber ihre Entschließung für das Plenum vorbehalten hätten, sie würden jetzt für die Beschlüsse der zweiten Lesung stimmen, um das Zustandekommen des Gesetzes, welches eine Besserung mit sich bringt, nicht zu verhindern. Redner erklärt schließlich, daß in Bezug auf seine politischen Freunde in der Annahme der Vorlage eine Festlegung auf das Dreiklassenwahl-

system nicht liege.

In der Schlafabstimmung wird das Gesetz unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung im ganzen angenommen gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Polen, der Nationalliberalen und des größten Theils der Freiconservativen.

Schluss 1½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Aleinere Vorlagen, Anträge aus dem Hause, Petitionen.)

Danzig, 17. März.

* [Schiffahrts-Nachricht.] Vom hydrographischen Amt ging nachstehendes Telegramm ein: Feuerschiff „Gedder Riff“ und die Leuchttonnen „Reosnaes“ und „Ritter-Barn“ sind wieder ausgelegt.

* [Provinzial- und Kreisnoden.] Das hiesige Consistorium hat folgende Verfügung erlassen:

Mit Rücksicht auf die für das Ende d. J. bevorstehende Tagung der 3. ordentlichen westpreußischen Provinzialnoden erscheint es zweckmäßig, daß der Zusammentritt der Kreisnoden bereits im Frühling d. J. erfolgt. Wir verlassen daher die Herren Vorsitzenden, die Verammlung der Kreisnoden sozeitig zu berufen, daß die Handlungen derer selben am 1. Juni d. J. beendet sind. In Betreff der Berathungsgegenstände der diesjährigen Kreisnoden bemerken wir Folgendes: 1. Vor der Stellung eines Proponentums für dieselben wird unsererseits abgesehen. 2. Im Hinblick auf die Kürze der seit der vorjährigen Tagung der Kreisnoden verstrichenen Zeit haben wir dagegen nichts zu erinnern, wenn die im § 53 Nr. 3 Abt. 2 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung erwähnte Berichterstattung über die kirchlichen und sittlichen Zustände der Gemeinden unterbleibt.

[Aus der Geschichte des Kinder- und Waisenhauses.] Wie bereits in unserer Morgennummer kurz erwähnt wurde, gab der erste Vorsteher hr. Petzschow bei der feierlichen Jubiläumsfeier im Kinder- und Waisenhaus zu Ponken einen Rückblick in die Geschichte der Anstalt. Demselben steht noch folgende Mitteilungen entnommen: Das Kinder- und Waisenhaus zu Danzig existiert seit ungefähr 540 Jahren. Schon 1357 erhielt es vom Hochmeister Winrich von Anspach ein Privilegium. Im Jahre 1547 ist es von einem großen Brande und während der 7jährigen Belagerung Danzigs durch die Franzosen von vielfachen Entbehrungen betroffen worden, aber keine Epizode war von so einschneidendem Charakter, daß die Witwe des Vorfahren noch als Prätressa der Witwe des Vorfahren erachtet werden darf, sondern als Todesursache lediglich ein chronisches Magenleiden anzunehmen sei. Hierzu legte die Witwe Voss rechtzeitig Berufung ein unter Überreichung eines Attestes des Dr. Schröder zu Posen, auf Grund dessen sie Feststellung der ihr und ihren Kindern gezeichneten Rente beantragte. Die Genossenschaft beantragt Abweitung der Berufung und führt an, daß der Verstorbe 14 Jahre als Feuermann in der Gasanstalt beschäftigt gewesen sei und mit seinem Mitarbeiter in regelmäßiger Weise abgewechselt habe. Den Feuerleuten liege die Erzeugung von Leuchtgas aus Steinkohlen durch trockene Destillation derselben in den Retorten, die Reinigung des erzeugten Rohgases mittels Eisenoxyhydrats sowie die Ansammlung des fertigen Gases und die Abgabe derselben an die Consummittheiten oder Blei wurde wieder im metallischen Zustande noch als Präparat zur Erzeugung von Leuchtgas verwendet und es sei daher völlig ausgeschlossen, daß die Ursache einer Bleivergiftung in dem Gasanstaltsbetriebe zu suchen sei. Bei dem Todesfall des Voss handelete es sich ferner nicht um einen Betriebsunfall, sondern um den Abschluß einer chronischen Krankheit, welche selbst wenn sie unter dem Begriff „Generalkrankheit“ gebracht werden könnte, nach einer Recursentscheidung des Reichsversicherungsamtes einen gesetzlichen Anspruch an die Berufsgenossenschaft nicht begründet. Der Gerichtshof wies die Klägerin mit ihrer Berufung ab, denn wenn auch eine derartige chronische Bleivergiftung, an der nach ärztlichem Attest der Chemann der Klägerin verstorben sei, sich zwar als das Ergebnis der eine längere Zeit andauernden, der Gesundheit nachtheiligen Betriebsweise charakterisierte, wäre sie aber für einen Unfall, d. h. ein plötzliches, zeitlich bestimmtes, in einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingeschlossenes Ereignis nicht zu erachten. Hierzu kommt noch, daß in dem ärztlichen Attest die Möglichkeit nicht in Abrede gestellt wird, daß Voss sich die Krankheit, welche die Krankheit verursacht habe, außerhalb des Betriebes zugezogen habe.

- [Wilhelmtheater.] Das Wilhelmtheater bot gestern ein seltsames Bild. Sonohl das Parquet und Parterre als auch alle Logen waren von einem feierlich getümten Publikum gefüllt. Fast das ganze Offizierscorps des 128. Regiments war erschienen. Anlaß zu dieser Fülle gab das 25jährige Dienstjubiläum des langjährigen Dirigenten, Herrn Kapellmeister Koschewitsch. Großartig wurde die Feier mit einem Prolog, der von Herrn Körner vor dem Vorhang gesprochen wurde. Derselbe gipfelte in einem Hoch auf den Jubilar, der, als sich der Vorhang hob, von seinem auf der Bühne versammelten Musikkorps begüßt wurde und nun all die Ovationen über sich ergehen lassen mußte, die ihm von der Direction, seinen Vorgesetzten, den Artisten und seinen vielen Freunden und Gönnerin in Gestalt von wertvollen Andenken und Lorbeerkränzen etc. dargebracht wurden. Auch das Dirigentenpult war reich geschmückt. Bald darauf begann das Concert, das u. a. die Rienzi-Ouverture, die ungarische Rhapsodie von Liszt, das Vorspiel aus den „Tölkungern“ brachte. Gänzliche Pücken wurden unter der Leitung des Herrn R. mit großer Exaktheit zum Vortrag gebracht. Es folgte nun die „Zestvorstellung“, und zwar waren hierfür neue Specialitäten genommen worden, so u. a. die italienische Serpent-Tänzerin Elisa de Falzetti, deren graziöse Bewegungen und schlängelartige Windungen des seidenen faltenreichen Gewandes bei elektrischen bunten Lichteffekten das Publikum zu stürmischen Beifall hinrissen. Die Leipziger „Illustrirte Zeitg.“ brachte vor kurzem verschiedene Abbildungen dieser Tänzerin. Terner feierten die Produktionen des Equilibristen Bratelly auf freistehender Leiter rührend hervorgehoben. Mit großer Spannung und Heiterkeit verfolgte das Publikum die Dressur einer Reihe von prächtigen Pudeln, Windspielen ic. durch Herrn Engel. Was die kleinen Bierfüßer da alles leisteten, war in der That staunenswert. Namentlich verfehlten die Produktionen eines kleinen Pudels das Publikum in die heiterste Stimmung. Das graziöse Tanzerett erntete wie immer so auch gestern reichen Beifall. Die übrigen Artist

werden. Ferner soll über den Neubau eines Kreis-krankenhauses hier selbst Beschluss gefaßt und dafür der Beitrag von 45000 Mk. aus Kreismitteln überwiesen werden. Endlich kommt der Kreishaushaltsetat pro 1893/94, der in Einnahme und Ausgabe mit 123500 Mk. balancirt, zur Beratung. Nach demselben sind an Kreisabgaben 58350 Mk. aufzubringen. Als Ueberweisung aus den landwirtschaftlichen Sätzen sind 38000 Mk. in den Etat eingestellt; die letzte Ueberweisung hat 58000 Mk. betragen. Dem Kreis-Frauen-Verein sollen in Anerkennung seiner 25jährigen gemeinnützigen Bemühungen und Leistungen, insbesondere für das neueste Unternehmern der Einführung von Diakonissen für Gemeinde- und Kleinkinder-Pflege, auf zwei Jahre 600 Mk. überwiesen werden. Die Position für amtliche Reisen der Kreismedizinalbeamten soll von 1200 Mk. auf 1700 Mk. erhöht werden, da nach Ermittelungen Augenkrankheiten unter Schulkindern und Cantonisten im Kreise in bedenklichem Umfang aufgetreten und mit weiteren ärztlichen Ermittlungen resp. Auren eingeschritten werden soll. — Was die Höhenlage in Beziehung auf klimatische Verhältnisse ausmacht, kann man jetzt bei uns sehen. Während bei uns der Schnee vollständig weggetaut ist, liegt von dem 90 Fuß höher gelegenen Dorfe Beck ab bis Kloßschön, Schönberg und Hoppendorf auf der Berentz-Judau-Danitzer Chaussee noch so viel Schnee, daß der Verkehr dort auf Schlitzen vermittelt wird.

S. Jatow, 16. März. Der am 29. d. M. vom Kreistage zu berathende Kreishaushaltsetat pro 1893/94 übersteigt beinahe in allen Positionen den vorjährigen. Die aus der lex quene überwiesene Summe beträgt 93773 Mark, im vorigen Jahre 77626 Mark. Die Beiträge an Kreis- und Provinzialabgaben belaufen sich auf 11600 Mark, während sie im vorigen Jahre 11300 Mark ausmachten. Der Etat balancirt in Einnahme und Ausgabe auf 250500 Mark. — In Aujan hat ein junger Mann beim Kröpfen der Bäume auf folgende Weise das Leben verloren. Nachdem der junge Mensch das Sopende eines Baumes abgeschnitten, blieb er noch auf dem Baume sitzen und war mit dem Abschneiden der Astes beschäftigt. Da brach der Ast ab, fiel zur Erde hinunter, riss mit seiner Wucht auch den auf dem Baum sitzenden jungen Menschen mit sich fort und traf ihn hierbei so unglücklich auf den Kopf, daß ihm die Schädeldecke zerstört wurde. Er blieb auf der Stelle tot.

K. Thorn, 16. März. Seit gestern steigt hier das Wasser der Weichsel wieder. Das Hochwasser beträgt seit dem gestrigen Tage 0,10 Meter; da Wurzeln anhaltend fallend Wasser melbet, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß das Hochwasser aus dem Bug und seinen Nebenflüssen herrührt. Für die Weichsel-Schiffer liegen die Verhältnisse noch immer traurig, im Innlande ist vorläufig Ladung nicht vorhanden. Alle Rähne schwimmen nach Polen, am heutigen Ufer hat heute kein einziger Kahn gelegen. Eine Besserung wird erst eintreten, wenn durch Erweiterung des Uferbahngleises der hiesige Umschlagverkehr erleichtert werden wird. — Wir berichten vor einiger Zeit von einem Conflict zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung. Dem Marktstandsgelderheber wollten die Stadtverordneten aus Anlaß ausgefallener Märkte einen Pachtlohn von 300 Mk. bewilligen, worauf der Magistrat nicht eingehen wollte. Es kam zur Wahl einer gemischten Commission und nunmehr hat der Magistrat den Wünschen der Stadtverordneten sich angeschlossen.

rs. aus Ostpreußen, 16. März. Die ostpreußische landschaftliche Feuersocietät hat nach den Beobachtungen des 39. General-Landtags schon für das Jahr 1892 die Beiträge für die ganze erste Klasse um 12½ Proc. ermäßigt. Diese Ermäßigung ist fortan eine dauernde. Außerdem haben auch die Beiträge für die anderen Abarten von der Direction um 10 Proc. ermäßigt werden können. In den Jahren 1889—1892 ist von den Versicherungen im ganzen eine halbe Million weniger erhoben, als reglementsmäßig zulässig gewesen wäre. Dessen ungeachtet stehen der Societät jetzt zur Verfügung ein Reservefonds von 951000 Mk., ein zum Ausgleich ungünstiger Jahre bestimmter Extra-Reservefonds von 250000 Mk. und der aus den Annahmebeiträgen bestehende Vorschlagsfonds von 913000 Mk. Die Bestimmungen, nach denen bisher zum Eintritt in die Societät alle adeligen und königlichen Güter jährig und berechtigt waren, von den übrigen Bestellungen aber nur die mindestens 300 Meter abgebauten, sind aufgehoben und durch wesentlich milberv erlassen worden. Beihufs Antragung von Blitzeleitern an den bei der Societät versicherten Gebäuden können Beihilfen bis zur Hälfte der Anlagekosten gewährt, bereits vorhandene Anlagen kostenfrei revidirt werden. Hierzu hat der Landtag jährlich 4000 Mk. eingesetzt.

Vermischtes.

AC. [Biehuse in Central-Afrika.] Das Land zwischen Nyassa, Tanganika und Uweru — schreibt der britische Consul Horace Waller in der Danziger Zeitung — ist von einer Biehuse, einer Art Lungengrundheit verheert worden. Neunzig Prozent des Beihusen sind derselben unterlegen. Es ist jedoch sonderbar, daß bestimmte Districte davon verschont geblieben sind. Die "Lakes Company" hat fast all ihr Vieh am nördlichen Ende des Nyassa Sees eingebüßt. Die Seuche hat auch des Wild ergriffen: Büffelstöcken, Antilopen und Zebras sind in großer Zahl unterlegen. In einem kleinen Districte bemerkt Consul Waller 40 tote Antilopen und eine große Menge von Büffelstöcken, welche in Gruppen tot unter Bäumen lagen.

* [Verwilderte Hunde in Croation.] In den österreichischen Jagdzeitungen wird derzeit außerordentlich auf eine neue Art von Raubwild, das in den croatischen Waldungen im Begriff Ralje aufgetaucht ist und von dem mehrere Exemplare erlegt wurden. Man würde die Angaben mit Unglauben aufnehmen, wenn

dieselben nicht durch den Naturforscher Professor Bruffina in Agram ihre Bestätigung gefunden hätten. Oberförster Beper in Gisek berichtet: „Im abgelaufenen Winter wurde ich zu einer Jagd nach Letten eingeladen. Als ich nach Beendigung der Jagd in Begriff war, heimzukehren, wurde ich zu der Behausung des Oberförsters in Letten abgeholt, um eine gesellsame Jagdbeute in Augenschein zu nehmen und mein Urtheil über dieselbe abzugeben. Ich fand im Hofe eine Anzahl von Jägern um die Strecke versammelt. Die Jagdbeute bestand aus drei verwilderten Hunden und einem edlen Wolf, alle halbgewachsen. Die Farbe der Hunde war beinahe vollkommen Schwarz, die Kopfbildung wolfsartig, die Läuse der vom Hund, die Rute kahl, lang und aufrecht getragen. Daneben lag der wirkliche Wolf. Die Thiere waren im Rudel vorgekommen, und von sieben Stück waren die vier geschossen worden. Eine alte Wölfin führte das Rudel und ein grauer Wolfshund war darüber. Die Thiere gaben beim Aushuf keinen Laut von sich. Ich war mit mir bald im Reinen: wir hatten es mit einer Kreuzung von Wolf und Hund zu thun, und zwar die Mutter Wölfin, der Vater Hund. Dem Professor Bruffina in Agram wurde ein Exemplar mit den nötigen Angaben zugeschickt. Sehr bald kam die Antwort, die meine Ansichten vollständig bestätigte. Bei den nachherigen Jagden gelang es nicht mehr, eines der Thiere zur Strecke zu bringen. Sie richten unter dem Weidevieh in der Gegend nicht geringe Verheerungen an. Man hat es demnach mit dem Nachwuchs von verwilderten Hunden zu thun, die den Wölfen sich anschlossen. In der Wolfsschäferei nahm dieser Nachwuchs vollständig die Gewohnheiten des Wölfses an. Die Kreuzung von Hund und Wolf in der Gefangenenschaft gehört übrigens nicht zu den Seltenheiten. In Galizien besaß ein Edelman ein halbes Dutzend junger Wolfshunde. Er mußte sie nach und nach erschießen, weil sie immer mehr die Wölfnatur hervorkehrten.“

* In Amerika scheint das Publikum der Ankunft der Arinoline, des neu aufgetauchten Modegegensatzes, mit wahrhaftem Schrecken entgegengesetzt. Die Gemahlin des Präsidenten hat sich in der „Anti-Arinoline-Gesellschaft“ als Mitglied aufzunehmen lassen und man sagt, daß in den verschiedenen Legislaturen nicht weniger als neun Gesetzesvorlagen eingebracht sind, welche verlangen, daß das Tragen von Arinolinen verboten werde.

Schiffsnachrichten.

Geeestmünde, 13. März. Vorigen Sonnabend landete der von Newyork hier angekommene Tankdampfer „Gut Heil“ von wie ihm auf 40° 40' N. 61° 7' W. aufgenommene Besafung des englischen Schooners „Annie“, bestehend aus dem Capitän James Mr. Donald, dem Steuermann, Steward, 3 Matrosen und 1 Schiffsjungen. Der Schooner wurde am 18. Februar durch das sehr stürmische Wetter leicht. Die Mannschaft trieb 7 Tage auf dem Wrack und hatte die letzten 4 Tage davon weder einen Bissen Nahrung noch einen Tropfen Trinkwasser.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 16. März. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 152—156. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 132—134. rütt. loco ruhig, Transito 102. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (universal) bebt. loco 52. — Spiritus loco steigt, per März 23½ Br. per April 23½ Br. per Mai 23½ Br. per Juni 23½ Br. — Raffee ruhig, Limbach 1506 Sach. — Petroleum loco bebt. Standard white loco 5,20 Br. per August-Debr. 5,15 Br. — Weizen verhinderlich.

Hamburg, 16. März. Bökermarkt. (Schlußbericht)

Rübenbrotzucker 1. Product Börs 88% Rendement neue 81/2%, f. a. B. Hamburg per März 14,52%, per Mai 14,60, per September 14,47%, der Dezember 13,10. Stetig.

Hamburg, 16. März. Böker. (Schlußbericht.) Good average Santos per März 83, per Mai 80%, per Sept. 79½ per Dezember 78½. Matt.

Bremen, 16. März. Böker. Betrutzum. (Schlußbericht.) Fahrröhrer. Ruhig. 5,20 Br.

Häuse, 16. März. Raffee. Good average Santos per März 105,50, per Mai 102, per September 100,75. Zelt.

Mannheim, 16. März. Weizen per März 16,25, per Mai 16,35, per Juli 16,25. Rüböl per März 13,80, per Mai 13,95, per Juli 14,10. Hafer per März 14,80, per Mai 14,65, per Juli 14,65. Mais per März 11,40, per Mai 11,05, per Juli 11,00.

Frankfurt a. M., 16. März. Effecten-Societät. (Schlußbericht.) Österreichische Credit-Aktion 29½%. Lombardien 93½%. ungariische Gold-Rente —. Gotthardbahn 158,00. Bisontine-Commandit 191,70. Dresdener Bank 158,00. Berliner Handelsgesellschaft 148,20. Bodenwerder 151,70. Dortmunder Union 151,70. Böhmische Güsthal 137,70. Hörder Union 151,70. Böhm. Güsthal 151,70. Herpener 142,10. Hibernia 117,00. Laufzettel 109,00. 3% Portugiesen 21,60. italienische Mittelmeerbahn 108,40. schweizer Centralebahn 121,40. Schweizer Nordostbahn 108,40. schweizer Union 75,60. italienische Meridionalbahn 129. schweizer Simplonbahn 49,20. 1860er Coole —. Rubig.

Wien, 16. März. (Schluß-Courier.) Delfter. 4½% Papierrente 99,00. do. 5% do. — do. Silberrente 98,80.

do. Goldrente 117,25. 4% ungar. Goldrente 115,90. 5% do. Papier. — 1860er Coole 149,00. Angelo-Aukt. 158,25. Länderbank 245,90. Creditact 350,90. Unionbank 257,75. ungar. Creditact 409,25. Wiener Bankverein 126,00. Böhmen. Weißbahn 377,00. Böhmen. Nordb. 187,00. Böhmen. Eisenbahn 478,00. Do. Bodenbacher —. Elberfeldbahn 223,75. Salzweier 219,75. Zerb. Nordbahn 295,00. Franzosen 311,75. Lemberg-Essen 261,00. Lombardien 108,75. Nordwestb. 222,00. Barbudiner 197,00. Amt. Dom. Act. 60,00. Tabakaktion 181,00. Amsterd. Börsiel 100,35. Deutscher Blätter 59,32½%. Londoner Börsiel 121,20. Barrier. Wechsel 48,15. Napoleons 9,84. Marknoten 59,32%. Ruff. Banknoten 1,27½ Br. Silbercoupons 100, Bulgar. Akt. 112,75. öster. Kronenrente 98,90. ungar. Kronenrente 95,35.

Amsterdam, 16. März. Getreidemarkt. Weizen per März —, per Mai 171. Roggen per März 134, per Mai 128.

Die heutige Börse eröffnete in mäßig fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten, zum Theil etwas niedrigeren Courten auf speculativem Gebiet. Die von den fremden Börsenländern vorliegenden Lendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig — Wien kam fest —, boten aber besondere geschäftliche Anregung nicht dar. Hier entwickelte sich das Geschäft im allgemeinen ruhig und unter kleinen Schwankungen konnten sich die Courte im weiteren Verlaufe des Verkehrs behaupten oder noch etwas anziehen. Der Kapitalmarkt bewahrte ziemlich feste Gesamtmarkthaltung für heimische solide Anlagen. Deutsche Reichs- und preußische consolidierte Anleihen waren

Deutsche Fonds.

Rumänische amort. Ant. 5 98,40

do. 4% Rente 4 84,68

do. do. 3½ 101,00

do. do. 3 87,70

do. do. 4 107,60

do. do. 3½ 101,20

do. do. 3 87,70

Staats-Goldoblig. 3½ 106,00

Österr. Prov.-Obig. 3½ 97,00

Weitbr. Prov.-Obig. 3½ 97,00

Landsh. Centr.-Obig. 3½ 98,80

Österr. Pfandbriefe 3½ 97,50

Pomm. Pfandbriefe 3½ 98,80

Boiensche neue Obig. 4 102,50

do. do. 3½ 97,90

Westpreu. Pfandbriefe 3½ 97,75

do. do. 3½ 97,75

Pomm. Rentenbrie. 4 103,13

Boiensche do. 4 103,10

Preußische do. 4 103,40

Rumänische amort. Ant. 5 98,40

do. do. 4 84,30

do. do. 4½ 101,50

V. VI. Em. 4 101,50

do. do. 4½ 103,00

do. do. 4½ 115,90

Pr. Bod.-Cred.-Act. Br. 4½ 102,00

Pr. Central-Bod.-Ex. B. 4 102,00

do. do. 3½ 102,20

do. do. 3½ 10